



Bernhard Emunds

Digitalisiert arbeiten – gerecht Wirtschaften

Symposium zur KSI-Eröffnung am 6. Mai 2017

„4.0“ – diese kurze Ziffernkombination springt uns alle täglich an. Es scheint fast nichts zu geben, was nicht mit diesen beiden Ziffern verbunden würde: Arbeit 4.0, Gesundheit 4.0, Gesellschaft 4.0, Mensch 4.0 ... Eigentlich können wir es schon nicht mehr hören. Alle diese Slogans gehen zurück auf die Formel „Industrie 4.0“ – auf den erfolgreichsten Coup, den die Öffentlichkeitsarbeit der deutschen Industrie je gelandet hat!

Eine kleine Gruppe von Forschungs- und Industriepolitikern der Industrie und der Bundesregierung hat diese Formel erfunden und mit ihr bei der Hannover Messe vor sechs Jahren eine professionelle Öffentlichkeitskampagne gestartet. Beansprucht wird, dass es aktuell wieder um einen umfassenden, tiefgreifenden Wandel des Wirtschaftens geht, der erneut die Produktivität der Arbeit enorm steigern wird. Es gehe um eine vierte Revolution: nach der industriellen Revolution, nach der Durchsetzung der Elektrizität und der Fließbandfertigung sowie schließlich nach der Einführung der Informations- und Kommunikationstechnik, dem ersten Schub einer Digitalisierung der Wertschöpfungsprozesse. Mit „Industrie 4.0“ behaupten und propagieren die deutsche Industrie und die Bundesregierung eine umfassende digitale Modernisierung der industriellen Wertschöpfung. Entscheidungsträger in den Unternehmen sollen zu Investitionen in neue Maschinen, zu Softwarekäufen und zur Nachfrage nach Leistungen von Unternehmensberatungen motiviert werden. Die Bürgerinnen und Bürger sollen positiv gestimmt werden, damit die Modernisierung selbst und der Export von digitalisierten Produkten des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus öffentlich gefördert werden können. Auf dass die Entwicklung, mit der in der Deutschen Industrie viel Geld verdient werden kann, bloß nicht durch den Ruf nach einer strengen Regulierung behindert werde!

In meinem Vortrag spiele ich durch, welche Entwicklungen möglich sind, wenn sich die Wirtschaft Deutschlands und anderer Industrieländer in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auch nur annähernd so entwickeln wird, wie es mit der „4.0“-Erzählung von einer „revolutionären“ Veränderung der Wertschöpfung durch Digitalisierung vorhergesagt wird. Zu Beginn des Vortrags frage ich danach, was das Neue an der aktuellen Digitalisierung der Produktion ist und in welchen Branchen sich vermutlich wenig ändern wird (1). Nach dieser Einführung beschränke ich mich auf die zentrale Perspektive der Ökonominnen und Ökonomen: auf die These, dass mit dem aktuellen Digitalisierungsschub die Arbeitsproduktivität enorm steigen wird. Nachdem ich die These selbst vorgestellt habe (2), zeige ich auf, dass dieser neuerliche Produktivitätsschub unsere Gesellschaft gründlich „durcheinanderwirbeln“ könnte. Dabei spiele ich drei Möglichkeiten durch. Zuerst nehme ich an, dass der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts – also jener Wertgröße, die mit der Menge und der Qualität der in einem Jahr bereitgestellten Güter wächst – hinter dem Anstieg der Produktivität deutlich zurückbleibt. Hier greife ich die in der aktuellen Digitalisierungsdiskussion immer wieder gestellte Frage auf, ob mit dem neuerlichen Produktivitätsschub nicht unweigerlich das Ende der Arbeitsgesellschaft eingeläutet sei (3). Dann gehe ich davon aus, dass das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes mit dem starken Anstieg der Arbeitsproduktivität in etwa Schritt halten wird. Hier zeigt sich, dass manches ökonomische Problem, das die wirtschaftspolitischen Diskussionen der letzten Jahre beherrscht hat, erheblich an Brisanz verlieren würde (4). Und schließlich verfolge ich das Szenario, dass der Produktivitätsanstieg nur einige Branchen betreffen und so zu einem zügigen Strukturwandel der Wirtschaft – weg von der Industrie, hin zu einigen Dienstleistungen – beitragen wird (5).

1. „Industrie 4.0“: Eine große Erzählung und Ansätze einer realen Veränderung

Mit der Formel „Industrie 4.0“, die eine vierte Revolution der Wertschöpfung behauptet, ist der Anspruch verbunden, dass sich die Technologien, die aktuell eingeführt werden, noch einmal deutlich von denen unterscheiden, die bei der sog. dritten Revolution, also in den 1970er bis 1990er Jahren, eingeführt wurden. Ein solcher Unterschied liegt nicht auf der Hand; denn bereits seit den 1970ern setzten die Unternehmen auf Digitalisierung. Sie führten konsequent Informations- und Kommunikationstechnik ein, um einerseits Verwaltungstätigkeiten digital zu beschleunigen, andererseits um die Produktion zu automatisieren bzw. auf Computer-Steuerung umzustellen. Was also steht bei der aktuellen technologischen Modernisierung der Unternehmen im Vordergrund? Abgesehen von einzelnen neuen Technologien (z.B. 3-D-Druck) und von einer neuen, engeren Interaktion von Mensch und Maschine (z.B. technische Assistenz und kollaborative Roboter) geht es heute vor allem um die digitale Vernetzung und die dadurch ermöglichte partielle Selbststeuerung des gesamten Wertschöpfungsprozesses in einem Industrieunternehmen. Dabei erfasst die digitale Vernetzung nicht nur die Produktion, sondern eben auch die Verwaltungstätigkeiten: Automatisch werden Aufträge bearbeitet, Rechnungen gestellt, Material und Vorprodukte nachbestellt usw.

Im Bereich der Produktion setzt die Vernetzung und partielle Selbststeuerung eine neue Sensorik und eine neue Robotergeneration voraus. Hier wird ständig eine Flut an Daten („Big Data“) produziert und in Form von Steuerungsimpulsen wieder aufgenommen. Die Datenflut wird durch eine hochleistungsfähige IT und Software verarbeitet und in Steuerungsimpulse transformiert. Mit dem Schlagwort „künstliche Intelligenz“ wird das Ziel beschworen, dass sich solche „cyber-physischen Systeme“ (CPS) selbst optimieren. Mithilfe der Informationen, die bei der Produktion und deren

Steuerung gewonnen werden, sollen die CPS eigenständig ihre Effizienz immer weiter erhöhen können. Der „Industrie 4.0“-Erzählung, der „Story“ einer neuerlichen Revolution der Produktion, kann man, ja sollte man skeptisch begegnen. Trotzdem gibt es seit ein paar Jahren Veränderungen in der industriellen Wertschöpfung in die gerade skizzierte Entwicklungsrichtung. Unklar ist, wie stark sie den Industriesektor insgesamt verändern – vor allem: wie sehr sie die Produktivität industrieller Arbeit erhöhen werden.

Neue Entwicklungen gibt es auch in der Unternehmensverwaltung, im Handel und bei unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Hier wird nicht nur die digitale Automatisierung aller Abläufe weiter vorangetrieben. Vielmehr wird auch hier auf Big Data-Technologien zurückgegriffen, etwa zur Entwicklung neuer Strategien im Bereich „customer relations“. Bei unternehmensbezogenen Dienstleistungen (z.B. Webdesign), aber auch bei personen- bzw. haushaltsbezogenen Dienstleistungen (z.B. Raumpflege) kommen heute Anbieter und Nachfrager vermehrt über Online-Plattformen zusammen. Anbieter der kleineren Dienstleistungen sind manches Mal Soloselbständige, die in großer Zahl um die Aufträge konkurrieren. Allerdings scheint dieses sog. „Crowdworking“ in Deutschland längst nicht so weit verbreitet zu sein wie in den USA – oder wie seine mediale Präsenz vermuten ließe.

Bei personenbezogenen Dienstleistungen gibt es insgesamt nur in einigen wenigen Teilbereichen Möglichkeiten, durch Automatisierung den Personalbedarf pro Dienstleistung zu reduzieren. Ein Beispiel ist der Einsatz neuer Sensorentchnik bei der Beaufsichtigung von Pflegebedürftigen (ob der Pflegebedürftige gestürzt ist, ob er sich regelmäßig bewegt usw.). Mit diesem Beispiel drängt sich bereits ein zentrales Problem der Automatisierung personenbezogener Dienstleistungen auf: Pflege ist wesentlich Kommunikation zwischen Pflegendem und Gepflegtem. Die Automatisierung reduziert die Kommunikation. Deshalb ist das Risiko groß, dass mit der Automatisierung der Pflege die Pflegebedürftigen noch einsamer werden.

Grundsätzlich gilt: Personenbezogene Dienstleistungen entstehen in einer Koproduktion von Dienstleistungsgeber und Dienstleistungsnehmer; damit sie gelingt, müssen zumeist beide zur gleichen Zeit am gleichen Ort sein. Deshalb gibt es kaum Möglichkeiten, die Zahl der Dienstleistungen pro Tag oder pro Stunde zu erhöhen. Eine Steigerung der Produktivität wie in der Industrie – in dem Sinne, dass die Menge der Güter, in dem Fall: die Menge der erbrachten Leistungen erhöht wird – macht bei personenbezogenen Dienstleistungen keinen Sinn.

Die hier angedeutete Veränderung der Wertschöpfung, die aktuellen Prozesse einer Digitalisierung der Arbeit sind ein weites Feld. Zumeist ist nicht klar, wie stark sie unsere Art zu wirtschaften wirklich verändern werden, ob der Digitalisierungsprozess in Zukunft überhaupt in die Richtung geht, die sich bisher abzeichnet, oder ob er eine andere Richtung bzw. andere Richtungen als bisher einschlägt. Und mit den Veränderungen, die sich bereits heute abzeichnen, ist eine Vielzahl sozialetischer Fragen verbunden, die ich hier nicht alle behandeln kann. Ich beschränke mich im Folgenden auf die These, dass mit der aktuellen und in den nächsten Jahren bevorstehenden Digitalisierung der Wertschöpfung ein starker Anstieg der Arbeitsproduktivität verbunden sein wird. Ich gehe also im Folgenden weder auf die hoch brisanten Fragen des Datenschutzes ein, die Big Data in der unternehmerischen Wertschöpfung aufwirft, noch auf die Risiken eines neuerlichen Schubs der Prekarisierung von Erwerbsarbeit (z.B. durch „Crowdworking“), noch auf die Chancen und Risiken, die für

die Erwerbstätigen und ihre Familien mit den neuen Möglichkeiten einer zeitlichen und räumlichen Flexibilisierung der Arbeit verbunden sind.

2. Die These vom sprunghaften Anstieg der Arbeitsproduktivität durch Digitalisierung

Ökonominnen und Ökonomen interessiert an der „Industrie 4.0“-Erzählung vor allem eines: die Behauptung, mit der flächendeckenden Einführung der neuen Technologien käme es zu einem sprunghaften Anstieg der Arbeitsproduktivität. Das ist zweifellos eines der Momente der „Story“, die eine besondere gesellschaftliche Sprengkraft haben. Dabei wird das Konzept „Produktivität der Arbeit“ im landläufigen quantitativen, stark von der Industrieproduktion geprägten Sinn verwendet: Sie steigt, wenn eine erwerbstätige Person in einer Stunde mehr Güter bereitstellen – also mehr Waren produzieren oder Dienstleistungen geben – kann.

Eine steigende Arbeitsproduktivität ist nicht außergewöhnlich. Ein ziemlich kontinuierlicher – mal stärkerer, mal geringerer – Produktivitätsanstieg begleitet die wirtschaftliche Entwicklung der Industrieländer seit der Industriellen Revolution. Er ist eine entscheidende Grundlage unseres Wohlstands. Dabei kann dieser Anstieg der Arbeitsproduktivität in mehr Güter umgesetzt werden – dann gibt es Wirtschaftswachstum. Oder die steigende Arbeitsproduktivität führt dazu, dass das gesamtwirtschaftliche Volumen der Arbeitszeit sinkt. Dies wiederum kann auf zweierlei Weisen geschehen: entweder so, dass die Zahl der Arbeitsstellen reduziert wird, was dann, wenn die Zahl derer, die erwerbstätig sein wollen, nicht mindestens genauso schnell sinkt, zu mehr Arbeitslosigkeit führt, oder eben so, dass die Arbeitszeit, die die Erwerbstätigen im Durchschnitt leisten, verkürzt wird. In einer langfristigen, bei der Industriellen Revolution beginnenden Betrachtung gilt, dass der enorme Anstieg der Arbeitsproduktivität für beides genutzt wurde: zum einen für mehr Güter, also für mehr materiellen Wohlstand, zum anderen für kürzere Arbeitszeiten, also für mehr Zeitwohlstand.

Steigende Arbeitsproduktivität ist wirtschaftshistorisch also nicht neu. Dass sie bei der Diskussion über die Digitalisierung eine Rolle spielt, scheint insofern auch wenig spektakulär zu sein. Aber, was die Protagonisten der „Industrie 4.0“ versprechen und manche Ökonominnen und Ökonomen prognostizieren, ist nicht, dass die Arbeitsproduktivität überhaupt, sondern dass sie sprunghaft steigt: Die Veränderung der Produktivität werde „disruptive Qualität“ haben.

Die Prognose eines *sprunghaften* Anstiegs der Arbeitsproduktivität – wie schnell diese steigen soll, wird meist nicht gesagt, aber offenbar noch schneller als in Westdeutschland vor der Ölkrise, als die Produktivität um fünf Prozent und etwas mehr pro Jahr wuchs – die Prognose eines sprunghaften Anstiegs also dürfte zu optimistisch sein. Denn die erste Welle der Digitalisierung – die oben erwähnte „dritte Revolution“ von den 1970ern bis in die 1990er – hat wider Erwarten nur zu kleinen Produktivitätsfortschritten geführt. Die lagen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten gerade einmal bei gut 1,5% pro Jahr. Auch hat sich der Einsatz neuer digitaler Technologien in einigen Vorreiter-Branchen bisher noch nicht in einem starken Anstieg der Produktivität dieser Branchen niedergeschlagen. Trotzdem ist es gut möglich, dass mit der neuen Digitalisierungswelle die Arbeitsproduktivität in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wieder wesentlich kräftiger steigen wird. Damit einher gingen grundlegende Strukturveränderungen der Gesellschaft – weil es in Folge des Produktivitätswachstums möglicherweise weniger Erwerbsarbeit gibt (vgl. 3) oder

weil das Wirtschaftswachstum wieder „anspringt“ (vgl. 4) oder weil die starken Produktivitätszuwächse auf bestimmte Branchen beschränkt bleiben und damit einen schon vor Jahrzehnten eingeläuteten tiefgreifenden Wandel der Wirtschaftsstruktur weg von der Industriegesellschaft beschleunigen (vgl. 5).

3. Ende der Arbeitsgesellschaft?

Die Erfinder der Formel „Industrie 4.0“ und darüber hinaus viele Vertreter der deutschen Industrie und der Bundesregierung, erwarten von der neuen Digitalisierungswelle vor allem, dass mit der Beschleunigung der Produktivitätssteigerung auch das Wirtschaftswachstum wieder Fahrt aufnehmen wird. Viele andere, die sich in der gesellschaftlichen Diskussion über die Digitalisierung der Wirtschaft zu Wort melden, prophezeien dagegen ein Ende der Arbeitsgesellschaft. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes werde weit hinter der Produktivitätssteigerung zurückbleiben. Die Arbeitsproduktivität werde so stark steigen, dass es in absehbarer Zukunft nur noch Arbeitsplätze für einige wenige hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben werde. In der Folge würden die meisten Bürgerinnen und Bürger nicht mehr in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt durch ein Arbeitseinkommen zu sichern. Da Erwerbsarbeit nur noch von wenigen zu leisten sei, werde sie ihre zentrale Stellung in der Gesellschaft verlieren.

Der Begriff „Arbeitsgesellschaft“ verweist darauf, dass die Erwerbsarbeit in den Gesellschaften des globalen Nordens nicht nur die wichtigste Einkommensquelle und Grundlage sozialer Sicherheit ist. Vielmehr erfüllt sie für Männer und Frauen auch andere für deren persönliche Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe zentrale Aufgaben: Berufliche Herausforderungen gelten in unserer Gesellschaft als ein vorrangiges Feld persönlicher Bewährung und Entfaltung. Die Einbindung in einen Betrieb wird aufgrund der Kontakte mit Kolleginnen und Kollegen als Dreh- und Angelpunkt der sozialen Integration wahrgenommen. Vor allem jedoch gilt: Wer erwerbstätig ist und von seinem Arbeitseinkommen leben kann, sieht sich als jemand wertgeschätzt, der etwas zur Gesellschaft beitragen kann, das so wertvoll ist, dass er von der Gegenleistung, die er dafür erhält, seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Weil er niemandem „auf der Tasche liegt“, auch von staatlicher Unterstützung unabhängig ist, weiß er sich als freies, ebenbürtiges Gesellschaftsglied anerkannt. Die vor allem in der Form abhängiger Beschäftigung organisierte Erwerbsarbeit ist also in Deutschland und vielen anderen Industrieländern normativ hoch aufgeladen. Sie wird als eine unerlässliche Grundlage von Gleichheit und Freiheit wahrgenommen, obwohl für Beschäftigungsverhältnisse zumindest zwei Momente von Unfreiheit konstitutiv sind: Beschäftigte müssen arbeiten, um ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie zu sichern und sie unterstellen sich während der Arbeitszeit dem Weisungsrecht des Arbeitgebers.

Diejenigen, die aktuell ein Ende der Arbeitsgesellschaft prognostizieren, erwarten den Verlust eines Großteils der Arbeitsplätze. Nicht wenige von ihnen verweisen auf die Momente der Unfreiheit, die mit Erwerbsarbeit verbunden sind, begreifen deshalb diese „Krisis“ eines massenhaften Abbaus von Arbeitsplätzen als Chance, die Arbeitsgesellschaft und die mit ihr verbundenen Freiheitsbeschränkungen zu überwinden, und plädieren deshalb für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. „Industrie 4.0“ schaffe gute Voraussetzungen für dieses Grundeinkommen, weil zwar einerseits viele Menschen arbeitslos würden, aber andererseits eben auch das für dieses Grundeinkommen benötigte Einkommen in der digitalisierten Wertschöpfung entstehe.

Der Vorschlag eines Bedingungslosen Grundeinkommens, der in verschiedensten Varianten daherkommt, ist ein weitreichendes gesellschaftspolitisches Reformkonzept; es ist hier nicht der Ort, um seine verschiedenen Facetten und Varianten zu würdigen. Ich möchte hier nur auf eine Gefahr verweisen – wohl wissend, dass man über das Grundeinkommen auch vieles andere, auch viel Positives sagen müsste. Es ist m.E. sehr unwahrscheinlich, dass es in wenigen Jahren gelingt, die auch bei den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik besonders ausgeprägte arbeitgesellschaftliche Mentalität zu überwinden. So lange diese Mentalität fortbesteht, ist davon auszugehen, dass ein erneuter schneller Anstieg der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren ähnlich wirken würde wie das Anwachsen der Massenarbeitslosigkeit in den 1970er bis 1990er Jahren: Viele Erwerbstätige würden Arbeitslose als Sozialschmarotzer betrachten. Arbeitsplätze, mit denen ein auskömmlicher Lohn verbunden ist, würden – da sie knapper würden – auch begehrter, noch begehrter als sie ohnehin schon waren. Gerade für die Betroffenen selbst würden sie zum Inbegriff all dessen, was sie erstreben. Das bedeutet aber: Solange solche arbeitgesellschaftlichen Plausibilitäten noch intakt sind, ja durch knappe Arbeitsplätze noch „eingeschärft“ werden, besteht die Gefahr, dass ein Bedingungsloses Grundeinkommen nicht mehr wäre als ein Abspeisen der Ausgegrenzten, das die Ausgrenzung selbst stabilisiert.

Die ethische Frage, vor der die Gesellschaft steht, wenn mit der neuen Digitalisierungswelle tatsächlich das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen stark zurückgeht, möchte ich noch etwas eingehender beleuchten. Zur Freiheit gehört zweifellos der Aspekt der „Freiheit von“, also der Unabhängigkeit von staatlicher Gängelung und von einengenden Beeinflussungsversuchen anderer Akteure. Daneben geht es bei Freiheit aber eben auch um eine „Freiheit zu“: frei zu sein, etwas Sinnvolles zu tun und in diesem Handeln die eigene Persönlichkeit entfalten zu können. Solche Entfaltungschancen sind im hohen Maße mit Möglichkeiten verbunden, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, etwas für andere Sinnvolles, Wertvolles oder Nützlichendes zu tun. Auch Gleichheit meint mehr als formale Gleichheit der Rechte, meint eben auch, sich in alltäglichen Interaktionen als jemanden erfahren zu können, der ebenbürtig ist, sich als eine Person wahrzunehmen, die mit den anderen im Austausch steht, auf gleicher Augenhöhe mit ihnen zu tun hat und von allen Beteiligten auch so behandelt wird.

Die katholische Sozialtradition hat diesen Aspekt – dass jeder und jede sich in die Gesellschaft einbringt – immer wieder besonders hervorgehoben. Man kann sagen: Sie hat vor allem das Zielbild einer aktiven, partizipativen Gesellschaft vor Augen. So geht es im traditionellen katholischen Begriff von „sozialer Gerechtigkeit“ darum, dass jeder und jede etwas zur Gesellschaft beitragen soll. Die heutige Aktualisierung dieser Tradition betont, dass jedem und jeder die Möglichkeit zu einem solchen positiven Beitrag zur Gesellschaft gegeben werden muss. Dies firmiert unter dem Begriff „Beteiligungsgerechtigkeit“ und gilt heute als der zentrale Gerechtigkeitsmaßstab der Sozialverkündigung und Sozialethik. In ähnlicher Weise wird mit dem Subsidiaritätsprinzip Wert darauf gelegt, dass den Einzelnen und den kleineren Gruppen Aufgaben, die sie gut selbst erledigen können, nicht entzogen werden sollen; und zugleich wird der Staat oder eine andere größere soziale Einheit zum Eingreifen verpflichtet, wenn eine Aufgabe den Einzelnen bzw. eine kleinere Gruppe überfordert. Zu Freiheit gehört auch Partizipation; Chancen persönlicher Entfaltung sind zu einem erheblichen Teil Chancen gesellschaftlicher Beteiligung, also Chancen, etwas in die Gesell-

schaft einbringen zu können. So kann man diese Pointe heutigen katholisch-sozialen Denkens zusammenfassen.

Vorhin wurde bereits deutlich: Die Erfahrung, als gleichberechtigtes Gesellschaftsglied anerkannt zu sein, weil man etwas zur Gesellschaft beitragen kann, das wertgeschätzt wird, ist heute vor allem mit auskömmlicher Erwerbsarbeit verbunden. Es ist offensichtlich: Arbeitslosen, aber auch prekär Beschäftigten, die z.B. mit Hartz IV „aufstocken“ müssen, verweigert unsere Gesellschaft diese Erfahrung gleichberechtigter Beteiligung. Aber viele andere machen die Erfahrung, durch Erwerbsarbeit gleichberechtigt in die Gesellschaft eingebunden zu sein. Diese Erfahrung scheint nach wie vor eine wichtige gesellschaftliche Grundlage der Demokratie zu sein. Solange wir nichts Anderes haben, das diese Erfahrung der Anerkennung und das damit verbundene Selbstwertgefühl vermittelt, brauchen wir eine auskömmliche Erwerbsarbeit für alle.

Was bedeutet nun das Recht auf Beteiligung durch Erwerbsarbeit für die künftige Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik? Statt den Ausschluss vieler von auskömmlicher Erwerbsarbeit hinzunehmen, oder gar durch Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens den Rückzug ganzer Bevölkerungsgruppen aus der Erwerbsarbeit zu fördern, sollten die politischen Akteure versuchen, allen den Zugang zu einer solchen Erwerbsarbeit zu eröffnen. Kommt es tatsächlich dazu, dass das Volumen der Erwerbsarbeit in der Gesellschaft stark sinkt, weil die Arbeitsproduktivität hierzulande massiv – vor allem wesentlich stärker als der Wert der in Deutschland bereitgestellten Güter – steigt, dann ist damit eine große Chance verbunden: die Chance, die (Lebens-)Arbeitszeit für alle deutlich zu reduzieren. Der Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens muss keineswegs zu dauerhaft mehr Arbeitslosigkeit führen. Er kann auch – wie in früheren Jahrzehnten – dazu genutzt werden, die Arbeitszeit erheblich zu verkürzen. So kann es allen ermöglicht werden, weniger Erwerbsarbeit zu leisten und mehr freie Zeit zu haben: mehr Zeit für Beziehungen und Partnerschaft, für Sorgearbeit und deren geschlechtergerechte Organisation, für Bildung und politisches Engagement, für Ruhe und Muße, für Spiel und musische Aktivitäten. Durch die Reduktion der Arbeitszeit und durch den Ausbau jener Elemente sozialer Sicherheit, die nicht an Erwerbstätigkeit gebunden sind, kann Erwerbsarbeit für alle weniger wichtig werden – ohne aufzuhören, für alle wichtig zu sein.

Eine solche Verkürzung der Arbeitszeit ist ein attraktives Szenario, das optimistische Bild einer möglichen Zukunft der Gesellschaft, das ermutigen kann, diese Richtung beherzt einzuschlagen. Allerdings sollte dieses Zukunftsbild nicht den Blick dafür verstellen, dass der Weg auch in diese Zukunft steinig ist. Damit meine ich nicht nur die gesellschaftlichen Konflikte, die es um eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit und um die damit verbundene Aufgabe einer Neuverteilung der Einkommen immer geben wird, sondern auch die hohe Wahrscheinlichkeit eines schmerzhaften wirtschaftlichen Strukturwandels mit Massenentlassungen. Schließlich ist die Prognose eines starken Rückgangs des Arbeitsvolumens, den man für eine allgemeine Reduktion der Arbeitszeit nutzen kann, eine *gesamtwirtschaftliche* Aussage. Über die sollte man nicht vergessen, dass es bei einem solchen wirtschaftlichen Wandel immer einzelne Branchen und bestimmte Berufe gibt, in denen der Arbeitsplatzabbau besonders schnell voranschreitet. Auch auf dem Weg in eine Gesellschaft, in der alle Bürgerinnen und Bürger sehr viel weniger erwerbstätig sind, werden zwischenzeitlich sehr viele Frauen und Männer arbeitslos werden und ggf. bis zur Verrentung keine neue Arbeitsstelle mehr finden. Trotz dieser sozialen Herausforderungen bleibt es jedoch

dabei: Kommt es tatsächlich zu dem von vielen erwarteten Rückgang des Arbeitsvolumens, dann ist die deutliche Reduktion der (Lebens-)Arbeitszeit für alle aus sozial-ethischer Sicht der richtige Weg!

4. Relativierung nicht-ökologischer Probleme der intergenerationellen Gerechtigkeit

Historisch war es so und auch in Zukunft wird es nicht anders sein: Ein Anstieg der Arbeitsproduktivität reduziert das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen oder ist mit Wirtschaftswachstum verbunden. In beinahe allen zurückliegenden Jahrzehnten wurden die Produktivitätszuwächse doppelt genutzt: für mehr Güter *und* für mehr freie Zeit. Auch das wäre in Zukunft bei einem starken Anstieg der Produktivität, den viele von der neuen Welle einer Digitalisierung der Wirtschaft erwarten, wieder möglich. Im letzten Abschnitt habe ich den Weg einer deutlichen Reduktion des Arbeitsvolumens durchgespielt. Nun geht es um die Möglichkeit, dass mit einer stark steigenden Arbeitsproduktivität durch eine neuerliche Digitalisierungswelle auch das Wirtschaftswachstum wieder Fahrt aufnehmen könnte.

In den wirtschaftspolitischen Debatten der letzten dreißig Jahren wurde immer wieder die Position vertreten, das Ausmaß der öffentlichen Verschuldung und die Höhe der künftig zu zahlenden gesetzlichen Renten stellen massive Probleme der *intergenerationellen* Gerechtigkeit dar: Die heute Lebenden, insbesondere die Angehörigen der gegenwärtig erwerbstätigen Generation würden die kommenden Generationen der Steuerzahler und Sozialversicherten völlig überfordern. Der Schuldendienst, der in Zukunft für die Kreditaufnahme des Staates zu leisten sei, und die Renten, die künftig an die dann aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Älteren gezahlt werden müssten, seien so hoch, dass sie von den kommenden erwerbstätigen Generationen nicht mehr geschultert werden könnten.

Lassen wir an dieser Stelle einmal offen, wie zutreffend diese Problemdiagnosen sind – zumindest die verbreitete Skandalisierung der deutschen Staatsverschuldung dürfte vielen Ökonominen und Ökonomen anderer Länder nur ein mildes Lächeln entlocken. Unumstritten und an dieser Stelle entscheidend ist: Solche Problemlagen intergenerationeller Gerechtigkeit werden in dem Maße entschärft, wie die Arbeitsproduktivität steigt und sich das Wirtschaftswachstum beschleunigt. Sollte sich beides auch nur annähernd so positiv entwickeln, wie von den Protagonisten der „Industrie 4.0“ versprochen, würden sich diese Problemlagen in Luft auflösen; die kommenden Generationen Erwerbstätiger hätten keine Probleme, aus der so stark gestiegenen laufenden Wertschöpfung auch den Schuldendienst für die öffentlichen Haushalte und die zugesagten Renten zu zahlen.

Nicht entschärft wären dagegen Fragen der *intragenerationellen* Gerechtigkeit: Wie ist das gesamtwirtschaftliche Einkommen, das gemeinsam mit der Wertschöpfung steigt, gerecht zu verteilen? Mehr noch, vieles spricht dafür, dass die Verteilungskonflikte trotz des größeren „Kuchens“ an Schärfe gewinnen würden. Schließlich ist davon auszugehen, dass mit der erfolgreichen Digitalisierung anfangs nur die Gewinneinkommen nach oben schießen, die zusätzlichen Einkommen also zuerst einmal vor allem bei den Vermögensbesitzern, insbesondere bei den Eigentümern der Unternehmen bzw. von Unternehmensanteilen, anfallen würden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssten sich ihren Anteil am gestiegenen Bruttoinlandsprodukt erst noch erkämpfen. Zudem würden – davon muss man bei einem derart weitreichenden Strukturwandel ausgehen – einige Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Ar-

beitnehmern arbeitslos, während die Fähigkeiten anderer ganz besonders gefragt sein dürften. Wie werden die Rentnerinnen und Rentner an den Einkommenszuwächsen beteiligt? Wie sichert sich der Staat einen ausreichenden Anteil am gestiegenen Einkommen – zumal die Vermögensbesitzer bei einer stärkeren Belastung ihrer Einkommen mit Steuern und Abgaben besonders viele Möglichkeiten der Verlagerung und Steuerumgehung haben? Kurzum, Verteilungsfragen allenthalben: zwischen den Vermögensbesitzern und den Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmern, zwischen den verschiedenen Gruppen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der jeweils erwerbstätigen Generation, zwischen diesen und den Rentnerinnen und Rentnern sowie schließlich zwischen den Beziehern von Markteinkommen und dem Staat.

Zudem gilt auch: Der Anstieg der Produktivität und die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums würden nicht die *intergenerationelle* Gerechtigkeit insgesamt bedeutungslos machen. Vielmehr würden die ökologischen Teilaspekte dieser Gerechtigkeit zwischen den Generationen in der Prioritätenliste dringender gesellschaftspolitischer (und internationaler) Herausforderungen noch weiter nach oben rücken: Wenn mehr Güter bereitgestellt, vor allem wenn mehr Waren produziert werden, ist das Risiko groß, dass auch die ökologische Belastung des Lebensraums Erde durch die Wirtschaft weiter steigt. Besonders deutlich ist dies bei den Treibhausgasen, die den Klimawandel forcieren. Insofern unter künftigen Umweltschäden neben den in Zukunft lebenden nichtmenschlichen Lebewesen auch die Mitglieder der kommenden Menschengenerationen leiden müssen, würde bei einer stark steigenden Arbeitsproduktivität und Wertschöpfung die ökologische Dimension der intergenerationellen Gerechtigkeit noch bedeutsamer werden: Die Herausforderung, die Wirtschaft ökologisch zu transformieren, würde noch dringlicher als sie heute schon ist!

5. Die Zukunft der Arbeit ist die Arbeit an den Menschen

Der vielfach erhoffte Anstieg der Arbeitsproduktivität durch Digitalisierung ist nicht in allen Branchen möglich bzw. sinnvoll. Am ehesten sind deutliche Produktivitätssteigerungen in der Industrie und in unternehmensbezogenen Dienstleistungen zu erwarten, z.T. auch im Handwerk. Unwahrscheinlich sind – wie oben schon skizziert – Steigerungen der quantitativ erfassten Arbeitsproduktivität bei personenbezogenen Dienstleistungen, also bei sozialer Arbeit, bei Erziehung und Bildung, bei der Pflege und bei hauswirtschaftlichen Tätigkeiten. Ähnlich ist es bei der künstlerischen Arbeit. Der entscheidende Grund dafür ist, dass – wie bereits erwähnt – das volkswirtschaftliche Konzept von „Produktivität“ industriegesellschaftlich geprägt ist: Steigende Arbeitsproduktivität bedeutet, dass ein Erwerbstätiger bzw. eine Erwerbstätige im gleichen Zeitraum mehr Produkte herstellen kann. Pro Stunde mehr Schuldnerberatungen, mehr erläuterte mathematische Zusammenhänge, mehr betreute Kleinkinder, pro Stunde mehr gewaschene Pflegebedürftige, mehr gekochte Mahlzeiten, mehr Klavieretüden; mehr und immer mehr davon in der gleichen Zeit – das macht keinen Sinn.

Das bedeutet aber: Die erwartete starke Steigerung der quantitativ erfassten Arbeitsproduktivität wird es – wenn überhaupt – nur selektiv geben. Der Strukturwandel weg von der Industrie hin zu den Dienstleistungen würde dadurch vermutlich beschleunigt und auf einige wenige Dienstleistungsbranchen zugespitzt. Beschleunigt würde er, weil in der Industrie besonders deutliche Produktivitätszuwächse erreicht werden können, hinter denen das Wachstum der industriellen Wertschöpfung deutlich zurückbleiben dürfte; damit wird die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie sinken.

Und zugespitzt würde er auf die personenbezogenen Dienstleistungen, weil dort Steigerungen der quantitativ begriffenen Arbeitsproduktivität nicht oder kaum möglich sind, während die Arbeit in vielen unternehmensbezogenen Dienstleistungen durch Digitalisierung in diesem Sinne noch produktiver werden kann.

Erinnern wir uns: Seit der Industriellen Revolution konnte nicht nur die Produktivität der industriellen, sondern auch die der landwirtschaftlichen Arbeit massiv gesteigert werden. Ende des 19. Jahrhunderts arbeiteten noch 40% der Erwerbstätigen in Deutschland in der Agrarwirtschaft. Um 1950 waren in Westdeutschland immerhin noch ein Viertel aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig. Heute sind es in Deutschland insgesamt nicht einmal zwei Prozent. Die neue Digitalisierungswelle könnte dazu führen, dass in einigen Jahrzehnten auch in der Industrie nur noch wenige Prozent der Erwerbstätigen arbeiten.

In diesem Fall würde sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine Entwicklung erheblich beschleunigen, die bereits seit fünf Jahrzehnten im Gange ist. Vor gut fünfzig Jahren arbeitete in Westdeutschland noch jeder zweite Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe. Heute ist es in Gesamtdeutschland noch jeder vierte. Um 1950 verdiente in Westdeutschland jeder vierte Erwerbstätige seinen Lebensunterhalt im Dienstleistungssektor. Gegenwärtig sind es in ganz Deutschland drei von vier Erwerbstätigen. Etwas weniger als ein Fünftel der gemeldeten Erwerbstätigen sind heute in der Sozialen Arbeit, in Haushaltsdienstleistungen, Gesundheit und Pflege sowie in Bildung und Erziehung tätig. Hier gibt es jede Menge nicht oder bisher nur sehr schlecht gedeckten Bedarf an personenbezogenen Dienstleistungen. „Die Zukunft der Arbeit ist die Arbeit an den Menschen!“ Dass diese 15 Jahre alte Formel Pater Hengsbachs stimmt, zeichnet sich heute noch deutlicher ab als damals.

Allerdings stellt sich die Frage, *wie* die Branchen personenbezogener Dienstleistungen entwickelt werden. Entstehen hier sukzessive immer mehr Arbeitsstellen, die von den Bedingungen her mit denen in Industrieunternehmen vergleichbar sind, oder schreiten wir schnell voran auf dem Weg in die Dienstbotengesellschaft, in der die personen- und haushaltsbezogenen Dienstleister prekär erwerbstätig sind oder gar schwarz arbeiten.

Die Problematik prekärer Dienstleistungsjobs könnte sich mit der neuerlichen Digitalisierung weiter verschärfen. Die zentrale ökonomische Ursache dieser Problematik hat der kürzlich verstorbene US-amerikanische Ökonom William Baumol (1922-2017) herausgearbeitet („Baumolsche Kostenkrankheit“): Steigt in der Industrie die Arbeitsproduktivität, können die Löhne der dort tätigen Arbeitnehmer erhöht und ihre Arbeitsbedingungen insgesamt verbessert werden, ohne pro Produkt die Kosten für das Unternehmen und damit den Preis der hergestellten Waren zu erhöhen. Damit aber genügend Menschen auch in den personenbezogenen Dienstleistungen arbeiten, darf dort die Entwicklung der Arbeitseinkommen bzw. -bedingungen nicht zu stark hinter der Entwicklung in der Industrie zurückbleiben. Da bei diesen Dienstleistungen aber keine oder kaum Produktivitätssteigerungen im quantitativen Sinne möglich sind, gibt es eine Tendenz zu deren Verteuerung. Abgesehen von verzweifelten Versuchen, doch noch – entgegen der eigenen Logik personenbezogener Dienstleistungen – Rationalisierungspotenziale zu finden (vgl. z.B. in der Pflegebranche den Irrweg der Minutenpflege), bleibt dann nur noch der Versuch, den Zuwachs der Arbeitskosten bzw. Arbeitseinkommen zu bremsen; wenn der Staat nicht subventionierend eingreift, kann nur so ein starker Anstieg der Preise für diese Dienstleistungen verhindert werden. Das aber bedeutet dann eben doch für die Erwerbstätigen in den

personenbezogenen Dienstleistungen im Vergleich zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Industrie deutlich schlechtere Arbeitsbedingungen (einschließlich geringerer Einkommen).

Eine Alternative dazu ist ein stärkeres Engagement des Staates. In Deutschland sind in der sozialen Arbeit, in Gesundheit und Pflege sowie in Erziehung und Bildung der Staat und primär staatlich finanzierte Organisationen (z.B. die Wohlfahrtsverbände) die Hauptarbeitgeber. Für den Wandel in eine Dienstleistungswirtschaft mit gerechten, attraktiven Stellen in den personenbezogenen Dienstleistungen kommt dem Staat schon allein deshalb eine herausgehobene Verantwortung zu – der er in der Vergangenheit nicht gerecht wurde. Auch und gerade in einigen dieser Bereiche ist in Deutschland die prekäre Erwerbstätigkeit deutlich gestiegen. Daneben gab es in den letzten Jahren aber auch ein rasantes Wachstum der haushaltsnahen Dienstleistungen – allerdings zu etwa 90% nur in Schwarzarbeit. Der belgische und der französische Staat haben mit Regulierung *und* Förderung (durch sog. Haushaltsschecks) dafür gesorgt, dass ein erheblicher Teil der neuen Jobs in den haushaltsnahen Dienstleistungen als reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entsteht. Damit die Dienstleistungsgesellschaft nicht als Dienstbotengesellschaft kommt, muss offenbar der Staat subventionierend eingreifen – zumindest für die Zeit des Übergangs, nämlich solange, bis die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den personenbezogenen Dienstleistungen so viel verdienen, dass sie selbst andere Dienstleister bezahlen können.

Im Vergleich mit einigen westeuropäischen Nachbarn fällt auf: Die deutsche Politik verschläft den Strukturwandel zu den personenbezogenen Dienstleistungen. Sie gestaltet ihn nicht, sie fördert ihn nicht. Sie bleibt in ihrer Arbeitsmarktpolitik industriefiziert. Das gilt es zu überwinden!

Schlussbemerkung

Als Kinder haben viele von uns mit großer Begeisterung das Spiel „Wer fürchtet sich vor'm schwarzen Mann“ gespielt. Wer muss sich vor der Digitalisierung und vor einem möglichen starken Anstieg der Arbeitsproduktivität fürchten? Ich glaube, wir können antworten: Niemand! Schon, wenn nur ein Teil der Veränderungen eintreten würde, den viele Vertreter der Industrie und einige Ökonomen prognostizieren, stünden wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor großen Chancen, die Lebensbedingungen, die Entfaltungs- und Beteiligungschancen der Menschen in Deutschland bzw. in Europa deutlich zu verbessern. Diese Chancen werden wir nutzen können, wenn wir zugleich die Risiken im Blick behalten – und wenn wir die Konflikte um Verteilung und gesellschaftliche Beteiligung nicht scheuen, die mit gesellschaftlichen Wandel nun einmal verbunden sind.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!